

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 303.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Belegpreis für Halle und Querzeile 2.50 Pf., durch die Post bezogen 3 Pf. für das Vierteljahr. Die tägliche Zeitung erscheint unentgeltlich postfrei. — Preis-Veränderungen: Halbesche Kreiszeitung (Halb-Jahresheft), 20. Unterelbschlag (Sonntagsheft), 20. Unterelbschlag.

Zweite Ausgabe

Belegpreis für die sechsgeheilten Rollenpreise oder deren Raum für Halle u. den Querzeile 20 Pf., außerdem 50 Pf. — Resten am Schluss des redaktionellen Teils die Seite 100 Pf. Anzeigenpreise bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Anzeigenvermittlern.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Belpurger Straße Nr. 61/62.  
Telefon 155 u. 158; Reichsdruckerei 1272.  
Verantwortl. Dr. Walter Grottel in Halle a. S.

Sonntag, 30. Juni 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.  
Telefon AM Kurirtel Nr. 820.  
Zwei und vierzig von Otto Zehle in Halle a. S.

### Allerwertbeglückter.

Die „Konser. Storr.“ jährt sich ein erheblicher Teil der liberalen Presse, nicht die Sommerpause dadurch auszufüllen, daß er den großen Vieh-Spekulanten für eine demnachst ins Werk zu gehende Preis-Erhöhung die Wege ebnet. Das macht sich natürlich am besten, wenn man eine bevorstehende Preissteigerung an die Wand malt. Im vorigen Jahre mußte die — natürlich maßlos übertriebene — Futterknappheit erhalten, um eine förmliche Hungersnot an die Wand zu malen. Es ist zwar nichts davon eingetroffen, aber der Preis, den Großhändlern aus den Taschen des maßlos genüßlichen Publikums ungeheurer Profite zuzuführen, wurde dennoch erreicht. Dieses Jahr darf nach der bisherigen Entwicklung gehofft werden, daß die Futterernte mehr wie mitteltun ausfällt; natürlich ist das erst recht ein Grund, einen immer knapper werdenden Vieh-Auflauf voranzutreiben und infolgedessen weitere Preissteigerungen in Aussicht zu stellen, wenn — und jetzt kommt der Preisbeiß — nicht die mächtigste Beschränkung des liberalen Viehliebhaberprojekts, die Einführung von Getreieerlösen, gestakkt wird. Daß die eifrigsten Vertreter dieses Gedankens, ganz ähnlich wie die mächtigen Schützer der Metall-Industrie, fast ausschließlich Leute sind, für deren Wägen keine Gefahr besteht, daß sie mit der Verbauung dieser gummienelastischen Delikatessen jemals belastet werden, ist nur nebenbei bemerkt, und ist nicht neu.

Nur aber ist, daß der Liberalismus dieses Mal herausbekommen hat, eine derartige Maßregel sei allen Bevölkerungsstellen nützlich, namentlich auch den besüchtigten Bauern. Das führende rheinische nationalliberale Blatt, dessen Eifer für den Sanjabund und seine Lehren allerdings seit dessen Gründung stets besonders hervorhob, drückt diesen Gedanken folgendermaßen aus: „Damit (d. h. mit der Einführung von Getreieerlösen) aber ist nicht man andere Viehzüchter nicht, sondern man hilft ihnen eine Aufgabe stellen, die ihnen im Rahmen der Landwirtschaft ausfallen ist, die sie aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr in ihrem gesamten Umfang selbst leisten können.“ Nicht gelernt und nichts vergessen, kann man solchen Prophezeiungen gegenüber nur sagen: Eben derselbe Liberalismus hat einst auch prophezeit, Deutschland könne seinen Bedarf an Roggen und Hafer nicht selbst decken; heute führt es davon sogar noch ein Drittel getragenen Bevölkerung noch aus. Er hat weiter noch vor wenigen Jahren mit mächtiger Stimme nach Grenzöffnung für vermehrte Schmelzeinfuhr geschrien und muß heute doch zugeben, daß die Landwirtschaft die Schmelzeinfuhr auf einen völlig ausreichenden Stand gebracht hat. Das hilft ihn aber nicht ab, heute wieder von neuem zu prophezeien, daß die Landwirtschaft von neuem für zu machen, was ihr frommt. Es fehlt nur noch, daß der banale Liberalismus weiter behauptet, daß die Einführung von Getreieerlösen nützlich aus dem Interesse der Ähren selbst liegt, vielmehr fände er von dieser Seite den Glauben, der ihm von seinen der Dönerbeißer verlagert wird.

Das neuerdings mit verklärter Heftigkeit erhobene Geschrei nach Getreieerlösen ist um so unnatürlicher, als zurzeit die Winterpreise zu billig stehen, wie selten zuvor, auch zu dieser Jahreszeit nicht, was sicher ein guter Maßstab, wenn auch nicht gerade für den Vorrat an Schmalz, so doch den Bestand an Mehl in den allgemeinen ist. Wäre der Liberalismus überhaupt zu belehren, so würde er durch die an Abscheu grenzende Ablehnung belehrt worden sein, womit in Österreich, der Schweiz und die Versuche mit Getreieerlösen aufgenommen worden sind. Er ist aber nicht belehrbar und will es auch gar nicht sein, weil er für die Interessen des von ihm so heiß geliebten internationalen Großkapitals steht. Dieses nämlich ist es, dem der ganze Vorteil an der Sache zufallen würde. Denn daß die ganze Handelsform der landwirtschaftlichen Charakter verlieren und ein börsennotiertes, nur dem Großkapital zugängliches Geschäft annehmen müßte, liegt auf der Hand. Die Verteilungen für Getreieerlösen in den Warenhäusern würden bald eine stehende Einrichtung werden. Trotzdem ist es nicht ohne Interesse, daß die hohen Unkosten eine Preisbildung herbeiführen würden, die den ungeheuren Minuswert an Nährstoffen auch nur annähernd ausgleicht. Sicher nicht auf die Dauer, wenn allerdings auch mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden muß, daß man durch zeitweilige Ueberangebote auf den einheimischen Markt drücken, dadurch die Richter, namentlich die kleineren, zur Einschränkung der nicht mehr rentablen Jucht veranlassen und auf diese Weise viele Millionen heimischer Werte vernichten würde. Daneben würde das Fleischergewerbe auf das schwerste getroffen werden und somit eine Mittelstandsvernichtung im großen eintreten. Wäre aber dieses Ziel erreicht, dann könnten die amerikanischen Weizen für die deutschen Sanja-Millionen die Weite nach Belieben diffundieren und den Gewinn brüderlich teilen, ohne sich um das Schicksal der ins Proletariat hinabgetragenen Kleinbauern und Fleischer weiter zu kümmern. Das ist die Hölle fern. Und daran hindert auch die Fiebermiete des besorgten „Bauernfreundes“ nicht das mindeste.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Nach Rom besprochen?  
Die Meldung einiger auswärtiger Blätter, daß die italienische Regierung die Bewohner der Inseln im Regalischen Meer nach Rom befohlen habe, erklärt die „Agenzia Stefani“ für falsch. Die Verantwortlichkeit, die verifiziert habe, ein Vertreter der betr. Bevölkerung zu sein, sei aus eigenem Antriebe nach Rom gekommen, aber weder von dem Minister des Äußeren, noch von anderen Mitgliedern der italienischen Regierung empfangen worden.

### Deutsches Reich.

Der Bundesrat hat, wie man uns schreibt, mit der Plenarsitzung am Donnerstag seine Arbeiten zum Abschluß gebracht. Allerdings werden noch bis in die nächste Woche hinein einige Ausschüsse Sitzungen abhalten, das Warum wird jedoch vor der Sommerpause nicht mehr zusammenzufassen. Die Wiederaufnahme der Beratungen des Bundesrats im Herbst wird von der Fertigstellung des für den Reichstag bestimmten Materials durch die verschiedenen Ressorts abhängen. Voraussichtlich werden die Ausschüsse im September ihre Arbeiten aufnehmen, während die Plenarsitzungen im Oktober beginnen. Eine Reihe von Gesetzesvorlagen, die dem Reichstag in seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden sollen, dürften bis zum Herbst zum Abschluß gebracht sein, so daß der Bundesrat Material bei der Wiederaufnahme seiner Arbeiten vorfinden wird. Da der Reichstag für 1914 im Reichstag jedenfalls bei seinem Zutritt in den letzten Tagen des November oder den ersten Tagen des Dezember zur Vorlage kommt, wird die Durchberatung im Bundesrat eine der ersten Aufgaben im nächsten Herbst sein.

Belastete des Bundesrats zur Angestelltenversicherung.  
Es schon mitgeteilt, hat der Bundesrat in seiner letzten Sitzung am Donnerstag Beschluß gefaßt über die Vorzüge der Aufnahmefähigkeit und der Versicherungstarife für die Angestelltenversicherung. Voraussichtlich kann die Ausgabe der Karten von Mitte August an erfolgen. In der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist außerdem eine Anleihe über den Kreis der nach § 1 des Gesetzes vericherungspflichtigen Personen aufgestellt und bereits in Druck gegeben; sie dürfte Mitte Juni zur Ausgabe gelangen.

Der Finanzminister über Steuerpflicht der Krankenkassenverträge.  
Wie der „Nfr.“ mitgeteilt wird, ist jüngst von dem preussischen Finanzminister eine prinzipielle Entscheidung über die Verträge der Krankenkassen mit Apothekern und die hier notwendigen Stempelentzerrungen ergangen. Der Finanzminister hat entschieden, daß es sich bei den Verträgen, welche die Krankenkassen mit Apothekern abgeschlossen haben, nicht um Versicherungsverträge nach Artikel 32 des preussischen Stempelsteuergesetzes handelt und daß demgemäß von den Steuerbehörden ein jährlicher Stempel von 1/2 Prozent des Preises der Versicherung nicht erhoben werden darf. Die Apothekerverträge mit Krankenkassen erfordern nur den Stempel von 1 Pfennig.

Ein höherer Kommissar für gemeinnützige Baugenossenschaften.  
Wie der „Nfr.“ mitgeteilt wird, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten in einem Erlaß verfügt, daß den gemeinnützigen Baugenossenschaften ein höherer bautechnischer Beamter zur Seite gestellt werde, der den Baugenossenschaften bei der Ausübung der Rentabilität der Bauprojekte zur Seite steht. Es hat sich ergeben, daß die von der Regierung unterhaltenen gemeinnützigen Baugenossenschaften seit der Verabschiedung ihrer Baupläne die finanzielle Tragweite und die wirtschaftliche Rentabilität der Häuser nicht berechnen für das Gebieten der gemeinnützigen Baugenossenschaften ist es aber in erster Reihe notwendig, den Erfordernissen der Rentabilität Rechnung zu tragen, wenn diese für die Beamtenschaft bedeutende Wohlfahrtsentrichtung eine gesunde Entscheidung nehmen soll. Den in der Leitung mit wichtigen Geschäften betrauten Staatsbahnenbeamten soll darum eine angemessene Entlastung im Dienste gewährt werden, damit sie in der Lage sind, genügend Zeit für eine wohlüberlegte Leitung der Geschäfte aufzubringen.

Unser Zolltarif enthält wohl einen Butterzoll; aber auf Milch und Rahm einen entsprechenden Zoll zu legen, hat man nicht für angemessen gefunden, obwohl die Vertreter der deutschen Landwirtschaft voraussetzten, daß diese zollfreie Ungerechtigkeit eine empfindliche Schädigung unserer Landwirtschaft mit sich bringen werde. Das ist denn auch leider in sehr beträchtlichem Maße geschehen. An der Grenze haben sich eine ganze Reihe von Molkereien aufgetan, beziehen von ausländischen Rohmilch, die sie verbuttern, und machen damit der heimischen Butterproduktion eine untragliche Konkurrenz. Die Rahmeinfuhr ist von 100 690 Doppelzentnern im Jahre 1907 auf 317 000 Doppelzentner im Jahre 1911 gestiegen und sie steigt weiter. Für die Monate Januar-April stellen sich die diesbezüglichen Zahlen für die letzten drei Jahre wie folgt:

	Januar-April	Dänemark	Rußland	Schweden
1907	58 600	50 600	4200	3700
1911	80 700	71 700	6400	11 200
1912	129 500	110 400	5200	13 600

Im ersten Drittel des laufenden Jahres ist also die Rahmeinfuhr um etwa 40 000 Doppelzentner gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Wohin soll denn, wenn das so weitergeht, unsere Landwirtschaft kommen? Was nicht ihr da der Butterzoll, wenn die Rohprodukte Milch und Rahm zollfrei hereinkommen?

Neuer Zusammenschluß der Arbeiter im Baugewerbe.  
In den Kammerzügen zu Berlin ist am 28. Juni d. J. nach längeren Vorbereitungen, die bis zum Dezember d. J. zurückreichen, eine Vereinigung der Reichsarbeiterverbände des eigentlichen Baugewerbes (Gedächtnis) und der Baugewerke unter dem Namen „Reichsbund Baugewerblicher Arbeiterverbände“ gegründet worden. Zweck des Reichsbundes, der den angeschlossenen Zentralverbänden vollständige Selbständigkeit gibt, ist die gemeinsame Wahrnehmung der Arbeiterinteressen, insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen. An der Spitze des Bundes steht ein Verwaltungsausschuß, Vorsitzender ist der Vorsitzende des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe, Ernst Reipzig, der erste stellvertretende Vorsitzende im Reichsbund des Hauptverbandes Deutscher Arbeiterverbände im Baugewerbe, Kruse-Berlin, der zweite stellvertretende Vorsitzende Witzsch-Berlin vom Arbeiterverband für das deutsche Holzgewerbe. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W. O., Wilmersdorf.

Aus der Baumwollindustrie.  
In Wiesbaden fanden am Freitag unter dem Vorsitz des Landrats a. D. Mölger aus Berlin Verhandlungen zwischen den deutschen Verbänden der Baumwolleplantagen und der Baumwollzüchter statt mit dem Ziel, zu einseitigen technischen und Handelsabmachungen im Baumwollverkehr zu gelangen. In allen wesentlichen Punkten wurde in der von beiden Interessentengruppen jährlich besitzenden Versammlung die seit langem angelegte Arbeit erledigt. Einige Fragen, die in einer Kommission bearbeitet werden, sollen in einer im Herbst stattfindenden zweiten Sitzung endgültig geregelt werden.

Griechische Torpedobootbestellungen in Deutschland.  
Die Athener Morgenblätter vom 20. c. veröffentlichen eine amtliche Mitteilung, daß der griechische Minister auf den Bericht des Marineattachés in Berlin, auf den Wunsch nach zwei Torpedobooten, die von 700 Tonnen und einer Geschwindigkeit von 32 1/2 Seemeilen und sechs Torpedobooten mit einer Geschwindigkeit von 25 Seemeilen zu bestellen. Das erste Torpedoboot soll in sieben Monaten geliefert werden. In seinem Epilog sagte der Marineattaché die Gründe für die Verzögerung der Zulieferung gegenüber Konstruktionsfirmen auseinander. Diese bestanden in einer größeren Schwierigkeit, einem größeren Arbeitsaufwand und in einer schnelleren Lieferung bei fast gleichen Preisen.

„Monarchischer Trüdel.“ Unter dieser Ueberschrift bringt der sozialdemokratische „Volksfreund“ (Karlsruhe Nr. 140, 19. Juni) die Nachricht von der Thronbesteigung und der Ehescheidung der jungen Großherzogin von Luxemburg. Im Blick auf diese eckel sozialdemokratische Verhöhnung des Eides ist die Wiedergabe des Eides, den der badische Landtagsabgeordnete bei seinem Eintritt in die Kammer zu schwören hat, um deswillen von Interesse, weil ihn die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten — derzeit 20 an der Zahl — ohne mit der Wimper zu zucken, geleistet haben. Derselbe hat folgenden Wortlaut: „Ich schwöre Treue dem Großherzog, Gehoram dem Gesetz, Beobachtung und Aufrechterhaltung der Staatsverfassung, und in der Eidesabkündigung nur des ganzen Landes allgemeines Wohl und Bestes ohne Rücksicht auf besondere Stände oder Klassen, nach meiner inneren Ueberzeugung zu beraten: So wahr mir Gott helfe.“ Erst „habdich“ ist es, daß die bürgerliche Presse Wadens von obiger Verhöhnung der Monarchie und des Eides ihren Lesern keine Kunde gibt. Das darf sie auch nicht, denn sonst könnte ja der Großhändler im Volke an „Augstakt“ verlieren. Noch mehr bedenklicher aber ist, daß die badische Regierung den Wörtern einer solchen Partei durch ihre Organe nicht nur den gebotenen Widerstand nicht entgegensetzt, sondern dieselbe durch ihre Passivität geradezu gütig züchtet.

### Ausland.

#### Die russische Wehrpflichtsvorlage.

Der Reichstag hat die Wehrpflichtsvorlage in der Fassung der Duma angenommen.

#### Die politische Betätigung der türkischen Offiziere.

Der türkische Kriegsminister brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, wodurch den Offizieren unter 1 a g t wird, sich politisch zu betätigen.

Eine spätere Meldung aus Konstantinopel besagt nach hierzu: In der Kammer sollte der Präsident mit, der Ministerrat habe in seiner letzten Sitzung einen dringlichen Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch den den Offizieren unterlagt wird, sich mit Politik zu betätigen. Der Schriftführer verlas einen Gesetzentwurf, der dem Militärstrafgesetzbuch angehängt werden soll und mit Gefängnis von zwei bis vier Monaten und Verabschiedung dieser Offiziere bestraft, welche sich an politischen Versammlungen beteiligen, und mit Gefängnis von vier bis sechs Monaten und Entlassung diejenigen, die irgendwelchen politischen Parteien angehören. In Begründung des Gesetzentwurfs legte der Kriegsminister dar, die Politik hindere die Offiziere, ihre militärischen Pflichten ernstlich abzuliegen und zeitige schadhafte Folgen, wie die Korruption in Konstantinopel. Die Kammer beschloß die Dringlichkeit des Entwurfs, der ab dann dem Ausschuß überwiegen wurde, welcher die Vorlage am Montag der Kammer wieder vorzulegen hat.

#### Zur Lage in Persien

wird aus Teheran gemeldet: Die Schahsohnen haben an die Einwohner von Agra einen Aufruf gerichtet, sich Reichthum zu sammeln, um unterdessen, da er ein Landesverräter und Anhänger Russlands sei und Berlin unter die













